

GEW Hamburg entsorgt Geschichte

1935 verkauften die jüdischen Voreigentümer das Haus Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19) an den NS-Lehrerbund. Nach 1945 wurde das Haus der neu gegründeten GEW Hamburg übertragen. Angesichts der Angst, das arisierte Gebäude zu verlieren, gibt die GEW Hamburg jetzt bisherige Überzeugungen auf. Noch vor einem halben Jahr brachte sie eine Gedenktafel für die verfolgten jüdischen Voreigentümer am Eingang des Hauses an und bekannte sich zu ihrer Schuld. Jetzt widerruft sie ohne Not. Die Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW Hamburg lehnte auf Betreiben von Herbert Ankenbrand, Aufsichtsratsvorsitzender der Vermögenstreuhandgesellschaft der GEW Hamburg, am 24.11.2008 den Kern des Antrages „Verantwortung für die Geschichte übernehmen“ ab (s. Anlage).

Die GEW Hamburg sagt jetzt, dass die jüdischen Voreigentümer ihr Haus ohne Zwang, ohne antisemitischen Verfolgungsdruck und zu einem angemessenen Preis 1935 verkauft haben. Sie vertritt sogar die Ansicht, Ro 19 sei von früher her gewerkschaftliches Vermögen. Damit betrachtet sie sich als legitimen Nachfolger des Käufers von Ro 19, d.h. des NS-Lehrerbunds.

Kay Beiderwieden (AG Bildungspolitik der Partei DIE LINKEN) behauptete auf der LVV sogar - unwidersprochen durch die Versammlungsleitung - , die früheren Eigentümer des Hauses Ro 19 seien keine Juden gewesen. Somit würden sie nicht als rassistisch Verfolgte gelten.

Die Rolle der Nazifunktionäre Wilhelm Bernhardt und Kurt Holm bei der Inbesitznahme des Hauses Ro 19 durch die neu gegründete GEW Hamburg soll durch den Beschluss der LVV vertuscht werden. Die heutige GEW Hamburg sieht kein politisches und moralisches Versagen der damaligen GEW.

Die Erkenntnisse des von der GEW Hamburg organisierten Historischen Symposiums „Verantwortung für die Geschichte übernehmen“ im Frühjahr 2008 mit namhaften Historikerinnen und Historikern wie Frau Prof. Dr. Schüler-Springorum, Prof. Dr. Axel Schildt, Dr. Beate Meyer und Dr. Dettel Garbe werden bewusst missachtet. Die LVV folgte stattdessen den Aussagen des seit Jahren umstrittenen Geschichtslehrers Jörg Berlin.

Die GEW Hamburg steckt in der Klemme. Aus Angst, ihr Arisierungserbe Ro 19 abgeben zu müssen, lehnt sie es ab, Verantwortung zu übernehmen und Konsequenzen aus ihrer Geschichte zu ziehen. Damit stößt sie langjährige Mitglieder der Lehrgewerkschaft vor den Kopf. Ohne auf die Zukunft der GEW Hamburg Rücksicht zu nehmen, provoziert sie eine Reihe von Austritten aktiver und engagierter Kolleginnen und Kollegen, die sie für ihre Anliegen dringend benötigt. Die GEW Hamburg hat durch ihren jetzigen Beschluss ihr Ansehen in der Öffentlichkeit beschädigt.

Anlagen: Foto der Gedenktafel am Haus Rothenbaumchaussee 19
der von der Landesvertreterversammlung gestrichene Text

19

Rothenbaumchaussee 19

Dieses Haus wurde 1877/8 im Auftrag des Arztes Fr. Caesar Gerson erbaut. 1890 erwarb es der Kaufmann Moses Max Bauer. Nach dessen Tod 1925 ging es in das Eigentum von Verwandten über. Sie verkauften es 1935 in einer Zeit zunehmender antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Vorbesitzer Hedwig Hallgarten, geb. Ree, ihre Tochter Mercedes Meyerhof, geb. Hallgarten, und deren Ehemann Robert Henry Nordheim Meyerhof flohen 1936/7 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA. Sie vertraten beim Verkauf die Mitbesitzer Albert und Julius Hallgarten. Klaus Jürgen Bauer starb 1937 nach langjähriger Krankheit in Deutschland.

1948 meldete die "Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" Anspruch auf das Haus an. 1954 wurde es endgültig an deren Nachfolgerin, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), übertragen.

Gestrichener Text

Die „Gesellschaft der Freunde“/ GEW Hamburg beanspruchte nach 1945 neben ihrem ursprünglichen Eigentum auch das Haus Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19). Es war den jüdischen Vorbesitzern nicht rückerstattet worden.

Diese Aneignung widerspricht den heutigen politischen und moralischen Vorstellungen der GEW Hamburg.

Die jüdischen Vorbesitzer hatten die Immobilie 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) verkauft, da sie vor der rassistischen Verfolgung aus Deutschland fliehen wollten. Sie standen unter Zwang und Zeitdruck. Ihr Entschluss zum Verkauf war nicht frei. Der Kaufpreis war nicht angemessen. Letztlich konnten sie über den Verkaufserlös nicht frei verfügen. Käufer und Verkäufer waren keine gleichberechtigten Handelspartner. Zu dieser Zeit bestand in Deutschland kein Rechtsstaat mehr. Es herrschte staatlicher Terror. Juden wurden kollektiv verfolgt.

Nach 1945 rechtfertigte die „Gesellschaft der Freunde“/ GEW Hamburg mit Hilfe der beiden NS-Funktionäre Bernhardt und Holm die Inbesitznahme. Diese hatten für den NSLB den Ankauf getätigt. Die „Gesellschaft der Freunde“/ GEW Hamburg stellte sich entsprechend deren Angaben als Nachfolgeorganisation der „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB Hamburg“ dar, deren Vermögenstreuhandgesellschaft, die „Lehrervereinshaus G.m.b.H.“, 1934 Ro 19 erworben hatte. Ohne Empathie und Sensibilität gegenüber dem Schicksal der ehemaligen jüdischen Eigentümer behauptete sie, der Verkauf wäre nicht zu beanstanden. Der Kaufpreis wäre angemessen gewesen. Es hätte keinen Druck auf die Verkäufer gegeben. Die als Käuferin auftretende „Lehrervereinshaus G.m.b.H.“ wäre keine nazistische Gesellschaft gewesen sondern hätte ihren gewerkschaftlichen Charakter als „völlig selbständiger, rechtsfähiger Verein“ in der NS-Zeit beibehalten können.

Die GEW Hamburg teilt heute diese Ansichten nicht. Sie fühlt sich in dieser Einschätzung durch die Ergebnisse des Historischen Symposiums im Curio-Haus am 27.2.2008 „*Verantwortung für die Geschichte übernehmen*“ bestätigt. Sie anerkennt, dass den jüdischen Vorbesitzern beim Verkauf 1935 Unrecht geschehen ist, das nach 1945 nicht anerkannt wurde. In den Umständen der Inbesitznahme von Ro 19 nach 1945 sehen wir ein politisches und moralisches Versagen der damaligen Lehrgewerkschaft, deren Erbe wir sind.